

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 65.

Dreslau, Freitag, den 17. März 1916.

27. Jahrgang.

Wie steht der Krieg?

Von Richard Gädle, früherer Artillerie-Oberst.

Drei Kampfabschnitte vor Verdun.

Äußerlich betrachtet haben die Ereignisse auf allen Schauplätzen des Weltkrieges keine erhebliche Weiterentwicklung erfahren. Wir sehen fast überall einen Stellungskrieg, der nur durch die Tätigkeit von Aufklärungsabteilungen, durch gelegentliche überraschende Vorstöße kleiner Truppenstärken, durch Geschützfeuer und Luftkämpfe, die innere Unruhe verrät, und in gespannter Erwartung zukünftigen Entwickelungen entgegenzulaufen scheint.

Unsere ganze Aufmerksamkeit wendet sich natürlich dem großen Ringen um Verdun an. Hier stehen sich beide Teile noch immer in voller Kampfbereitschaft gegenüber, wenn auch die letzten Tage die entscheidende Tätigkeit des Fußvolkes nur in geringem Maße gezeigt haben.

Wir können bisher drei Abschnitte der Schlacht unterscheiden. In dem ersten, der etwa vom 21. bis einschließlich 25. Februar läuft, bringen die Deutschen in unaußfallendem Ansturm von Norden her gegen die französische Stellung vorwärts Verdun vor und werfen die Franzosen in einer Tiefe von durchschnittlich 8 Kilometer zurück. Mit der kurz entschlossenen Erstürmung der Banzerschanze Douaumont erobern sie bereits die vorgeschobene Nordflanke der ständigen Festungswerke.

Am 26. Februar beginnt der zweite Abschnitt, der etwa bis zum 7. März dauert. Im Norden der Festung unternehmen die Franzosen mit Hilfe starker von rückwärts herangebrachter Verstärkungen immer wiederholte mühsame Gegenstöße, besonders in der Gegend der Feste Douaumont und des nordöstlich davon gelegenen Waldes von Gardaumont. Alle diese Angriffe werden nach schweren Kämpfen unter großen Verlusten für den Gegner abgewiesen. Zugleich räumen unsere Truppen die eroberte Stellung im Innern auf, sie dehnen sie nach Westen bis zur Maas aus, verbessern die Frontlinie Douaumont durch Erstürmung des 700 Meter nordwestlich gelegenen gleichnamigen Dorfes, sowie der Höhen und Waldstücke in der Nähe. Ganz besonders blutige Kämpfe scheinen in dem Walde von Gardaumont und um die dort liegenden französischen Werke stattgefunden zu haben. Bei ihnen fiel auch der bekannte Chauvinistische Abgeordnete Oberst Driant, der Schwiegerohn Boulangers, in die Hände unserer Truppen — ob tot oder lebendig, ist noch nicht bekannt.

Während hier so hart gerungen wurde, begann die deutsche Angriffs auch vom Osten her in der Boevre Ebene. Auch hier wurde der Gegner etwa 5 Kilometer zurückgeworfen und erst am Fuße der steil emporstrebenden bewaldeten Maas Höhen wurde sein Widerstand hartnäckiger. Erst als in der Nacht vom 6. zum 7. März das Dorf Fresnes erstürmt wurde, war das niedrige Hügelgeland östlich der Festung von Dieppe im Norden über Blaineville und die Gehölze von Fresnes von Manheulles bis zur so oft heißumkämpften Combreshöhe im Süden fest in der Hand unserer Truppen. Hier fanden sie Anstich an die fast schon im Beginn des Krieges genommenen Bergeshöhen bis zu dem am 25. September 1914 erstürmten Forts Camp des Romains und an das westlich der Maas liegende Städtchen St. Mihiel. Die Franzosen hatten nunmehr auch hier ihre ständigen Befestigungsmerkmale unmittelbar hinter sich, von den Festen Vauz, Tavannes, Moulainville, 6 bis 7 Kilometer östlich Verdun, über die Sperrforts Cenicourt, Troyon, Les Paroches hinweg.

Am 6. März trat die große Schlacht in ihren dritten Akt. Der Angriff der Deutschen griff nunmehr auf das linke Maasufer hinüber, auch dort gerieten ihre Linien in Bewegung, die gegenüber dem Vorbringen östlich der Maas zurückgeblieben waren. Zunächst fiel Forges an der Maas, 12 Kilometer nordwestlich der Stadt Verdun, in ihre Hand; am 7. März wurden dann Regneville, die Höhe Dye, die Waldstücke Corvaux und Samieres im blutigen Kampfe größtenteils genommen, nur an einzelnen Stellen innerhalb dieser Linien wehrten sich die Franzosen noch mit verzweifelter Tapferkeit. Die Stellung der Deutschen war 4 Kilometer vorgeschoben, sie hatte Anstich an die Truppen östlich der Maas gewonnen und sich bis auf 4 Kilometer bei westlich des Flusses liegenden Forts der Franzosen genähert. Auch hier legten sofort heftige Gegenstöße des Feindes ein, die tagelang fortgesetzt wurden, das schließliche Ergebnis aber nicht ändern konnten. Das Gelände zwischen Dorf Bethincourt und der Maas war am 11. März endlich fest in der Hand der Deutschen. Nur das Dorf selbst und die Höhe des toten Mannes (le mort Homme auf den Karten) wurde von den Gegnern noch behauptet.

Inzwischen war auf dem rechten Maasufer eine Episode in dem Kampfgetümmel eingetreten, indem es einer sich vordringenden deutschen Reservebrigade gelang, am 6. März Dorf und Feste Vauz in letztem Anlauf fort-

zunehmen und damit ein Glied aus der geschlossenen Kette der ständigen Werke im Nordosten der Festung herauszureißen. Gegenüber den in die er sichtbar großen Gefahr rücksichtslos dagegen eingelegten französischen Massen konnten sie aber am folgenden Tage das auf beiden Seiten umfachte Werk nicht halten. Nur das Dorf Vauz wurde endgültig behauptet. Merkwürdig ist es, daß der französische Bericht den zeitweiligen Verlust des Forts überhaupt nicht zuzibt und daher auch keine Wiedereinnahme nicht melden kann.

Seitdem herrscht um Verdun herum bis jetzt hauptsächlich eine mehr oder minder lebhafteste Tätigkeit der starken auf beiden Seiten eingelegten Geschützmassen.

Keine Hilfe an anderen Fronten.

Die von den französischen Militärchristkellern so heiß geforderte „Entlastungsoperation“ an anderen Stellen der Front hat bisher noch nicht stattgefunden. Die Engländer haben zwar am 26. Februar, am 2. und 6. März einige schwächliche Vorstöße in geringer Stärke gemacht, bei denen aber noch kaum die bisher von ihnen im Stellungskampfe entwickelte Enschlossenheit gezeigt wurde. Nur der Angriff am 2. März südlich Arras gegen den Hügel „des Minis“ hat dabei einen kleinen Erfolg gehabt, die anderen beiden wurden glatt abgewiesen. Aber auch die französischen Angriffe erreichten nicht einmal den Umfang, den die Deutschen den ihrigen am 27. Februar und 6. März in der Champagne und am 10. März bei Wille auf Vois, 20 Kilometer nordwestlich Reims, zugeben mußten. Wenn der Gegner an dem so oft verkündeten Gedanken einer großen Frühjahrsoffensive noch festhält, ist er jedenfalls bis zu diesem Augenblicke dazu noch nicht imstande gewesen. Sonst hätte er sie sicher in diesen schicksalsschweren Tagen unternommen.

Im Nordosten, bei der Heeresgruppe Hindenburg, haben nur gänzlich belanglose Gefechte stattgefunden, dagegen haben seit langer Zeit zum ersten Male am 12. März in Bessarabien und am Dniestr wieder stärkere russische Vorstöße eingelebt, und in Italien hat die Artillerie des Gegners am 11. und 12. März besonders vor der ganzen Isonzofront ihr Feuer in bemerkenswerter Weise gesteigert. Am letzteren Tage fand zugleich ein vergeblicher Angriff bei Selz statt. Man wird diese erhöhte Tätigkeit im Auge behalten müssen; sie fällt zeitlich zusammen mit dem Kriegsrat unserer Gegner in Paris.

In Albanien haben die Österreicher, wie zu erwarten war, sich nicht mit der Eroberung von Durazzo begnügt, sondern sind in aller Stille und in Abetracht der schwierigen Verhältnisse sogar recht rasch gegen Valona weiter vorgerückt. Sie haben die Italiener ohne Mühe am südlichen Samen-Hügel geworfen und am 10. März bei Jeros über die Bojaka zurückgedrängt. Damals standen sie also bereits 82 Kilometer südlich Durazzo, das sie erst am 26. Februar besetzt hatten, und nur noch 18 Kilometer von Valona entfernt. Es wird sich nun bald zeigen müssen, ob die Italiener gewillt und fähig sind, in den Schanzen, die sie um diesen Hafen aufgeworfen haben, einen hartnäckigen Widerstand zu leisten. Fällt Valona, so ist der letzte Rest Albaniens für sie verloren.

Um Saloniki stehen sich die feindlichen Heere seit Monaten gegenüber; die so oft angekündigte Offensive der Franco-Engländer ist immer noch nicht Tatsache geworden.

Im Irak haben die englischen Streitkräfte unter Anführer einen neuen Versuch unternommen, Kutelamara zu erobern, ihr Angriff aber hat sich an den türkischen Stellungen zwischen Esim und Telahle gescheitert, sie haben zurückgemacht. Die Türken behaupten, daß jene in diesen vom 6. bis 8. März dauernden Gefechten 5000 Mann verloren hätten; die verdächtige Dunkelheit der englischen Berichte läßt fast vermuten, daß diese Angabe nicht sehr übertrieben sei.

Inzwischen wollen nun freilich die russischen Streitkräfte in Persien von Hamadan über Kermanschah unter glücklichen Umständen weiter in Richtung auf Bagdad vorgerückt sein, dem sie sich am 11. März bis auf 200 km genähert hätten. Aber dazwischen liegt noch das sehr schwierige persische Randgebirge, das ihren weiteren Vormarsch mindestens erheblich verzögern wird. Und von Bagdad bis Kutelamara sind nochmals 170 km. Die Fronte wird allmählich brennend, auf wie lange der eingeschlossene General Townsend noch mit Lebensmitteln versehen ist.

Auch in Armenien rücken die Russen in breiter Front vor und scheinen neuerdings wieder Fühlung mit den türkischen Truppen gewonnen zu haben. Dem Hafen von Trapezunt hatten sie sich am 7. März bis Ryo, 75 km entfernt, genähert. Seitdem schweigen ihre Nachrichten.

Vertrauensfundgebung für den Reichskanzler.

Die bayerische Korrespondenz Hoffmann meldete am 16. März: Gestern nachmittag fand im Reichskanzlerpalais in Berlin unter dem Vorsitz des Staatsministers des Reichert Dr. Grafen von Hertling eine Sitzung des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten statt.

Der Reichskanzler gab dem Ausschuss eine eingehende Darstellung der gesamten Lage, wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt des Weltkrieges für uns ergibt. Die zuverläßlichen, von einem unerlöschlichen Willen zum Durchhalten bis zum siegreichen Ende getragenen Ausführungen des Reichskanzlers beschäftigten sich mit allen wichtigen schwebenden Fragen. Die vom Kanzler vertretene Politik fand die ungeteilte vertrauensvolle Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Eine ähnliche Vertrauensfundgebung veröffentlicht außerdem auch noch die „Bayerische Staatszeitung“, die sich gegen eine „kebrime Kapitulation von Mund zu Mund“ wendet und hervorhebt, daß eine Abchwächung des Unterseebootskrieges gar nicht geplant sei. Während so die Staatsmänner der Bundesstaaten sich auf Seiten des Kanzlers und gegen die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses stellen, schickten die Nationalliberalen eine Landadresse an Tirpitz und beschloßen, im Reichstage einen Initiativentwurf über den Unterseebootskrieg einzubringen.

Die Bereitschaft der Friedensvermittler.

Stockholm, 16. März. Der Minister des Reichert, v. Waltenberg, hat eine Abordnung der Nordischen Friedens-Konferenz empfangen, die ihm ein an die neutralen Regierungen gerichteter Schreiben überreichte, in dem diese aufgefordert werden, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens zu treffen. Der Minister erwiderte:

Wir wünschen den Frieden gleich lebhaft wie Sie, können aber als Vermittler nur für den Fall auftreten, daß dies der ausdrückliche Wunsch der Kriegführenden ist. Wird ein solcher Wunsch ausgesprochen und wird es uns klar, daß wir für die Wiederherstellung des Friedens etwas tun können, so werden wir nicht verfehlen, alles zu tun, was getan werden kann. Unterdessen müssen wir uns damit begnügen, der Menschheit dadurch zu dienen, daß wir nach Vermögen den Unglücklichen helfen, die durch den Krieg leidend geworden sind.

England muß zurück!

London, 16. März. Der konservativ Schriftsteller Kennedy führt in einer Zirkular an die Wochenchrift „Nation“ aus, daß die britische Armee nur eine halbe Million vermehrt werden müsse, damit die industrielle Produktion Englands in den Grenzen fortgesetzt werden könne, die die wirtschaftlichen Aufgaben während des Krieges erheischt. Kennedy schreibt: In wesentlichen Industrien herrsche seit Monaten Mangel an Arbeitern. Die Fabriken im Binnenlande seien außerstande, ihre Rohstoffe aus den Häfen und ihre Fabrikate nach den Häfen zu befördern. Besonders groß sei der Kohlenmangel. Die Verträge, angelegte Arbeiter einzustellen seien unmöglich, weil es nicht möglich sei, sie in kurzer Zeit anzulernen. Wenn durch eine übertriebene Vermehrung der Armee die Industrie und die Finanzen Englands zerstückt würden, müsse der Krieg zu einem kläglichen Ende kommen. Man sei auf die Flotte mehr angewiesen, als auf die Armee. Die Grenze sei bereits überschritten. England habe vom rein militärischen Gesichtspunkte zu viel unternommen.

Die U.-V.-G.-Staaten warnen ihre Bürger.

Sot erdam, 16. März. Nach einer telegraphischen Meldung aus Buenos Aires verlautet dort, daß die Regierungen von Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay beabsichtigen, eine gemeinsame Warnung an die Südatlantiker vor Reisen auf bewaffneten Handelschiffen zu richten.

Ein Wasserflugzeug über England.

Berlin, 16. März. Ein deutsches Wasserflugzeug wurde am Sonntag mittag auf der Höhe von North Foreland gesichtet. Eindeutige Maschinenzeichen in Dover auf, um die Verfolgung anzunehmen. Das Wasserflugzeug, das zuerst landwärts flog, schickte zur offenen See zurück. (Wohl Foreland liegt an der Westküste von Kent, einige Kilometer nördlich von Ramsgate.)

Der Stand der Reichskasse.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung am 16. März, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Delbrück, Lisso, Kracke, Helfferich.

Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung und erteilt zur Einbringung des Etats und der neuen Steuern das Wort dem Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

Die gegenwärtige Tagung, die in dem bisher interessantesten Monat des Krieges beginnt, ist vor allem eine Tagung des Reichshaushaltes. Während im vorigen Jahre der Reichshaushaltplan mehr eine Formfrage war, bei der größere sachliche Meinungsverschiedenheiten nicht auftraten konnten, sind diesmal mit dem Reichshaushaltplan Fragen von großer sachlicher Bedeutung verbunden, in denen die Meinungen allerdings auseinandergehen können. Die verbündeten Regierungen sind überzeugt, daß Ihre Verhandlungen über diese Fragen von dem gleichen, aus der großen Zeit geborenen Geist durchdrungen sein werden, wie Ihre bisherigen Beratungen, von dem Bewußtsein untrennbarer Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und von dem einheitlichen Willen, in diesem Kriege unser Deutschland siegreich zu behaupten und unseres Volkes und Reiches Zukunft zu sichern.

Auch diesmal muß ich darauf verzichten, eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben vorzulegen, wir haben deshalb wieder bei dem meisten Kapiteln die Ansätze des letzten Friedensjahres eingestellt unter Berücksichtigung von gewissen Zu- und Abgängen, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben. Wenn wir damit auch auf die jetzt nicht durchführbare genaue Veranschlagung verzichten, so stellen wir doch die verfassungsmäßige Grundlage für die Fortführung der Reichsgeschäfte sicher. Wir haben bei der Aufstellung des Etats

äußerste Sparsamkeit

walten lassen. Bei den fortdauernden Ausgaben haben wir von der Schaffung irgend welcher neuen Beamtenstellen abgesehen und die einmaligen Ausgaben beschränkt auf die Fortführung bereits begonnener Bauten usw. Auch hier ist alles nicht Nötige nach Möglichkeit zurückgestellt. Die im Etat geforderten Mittel werden einige Zeit vorhalten, bei Bedarf werden weitere beantragt werden.

Im außerordentlichen Etat sind die Ausgaben für Heer und Marine inbegriffen. Für das laufende Etatsjahr haben wir noch eine Friedensrate eingestellt, sie wird nicht in Anspruch genommen, für 1916 sehen wir davon ab; auch wenn der Friede bald kommen sollte, wird die Ueberleitung zum Friedensstand längere Zeit erfordern und etatsrechtliche Uebergangsmassnahmen notwendig machen. Seine eigentliche Bedeutung erhält der Kriegsetat durch

die Summen für den Dienst der Reichskasse.

Verzinsung und Tilgung figurieren mit 2303 Millionen Mark, im vergangenen Jahre waren es 1286 Millionen Mark und im letzten Friedensjahre 249 Millionen Mark. Hier schließt sich noch mitten im Kriege eines der größten haushälterischen Probleme, die wir im Frieden zu lösen haben werden und dem wir nicht früh genug unsere Aufmerksamkeit und Sorge widmen können. Die Erhöhung der Ausgaben für den Schuldendienst um mehr als eine Milliarde Mark wird diesmal zunächst zur Hälfte ausgeglichen durch den Wegfall der laufenden Ausgaben für Heer und Marine; dieser Ausgleich wird noch verbessert durch die Herabminderung der Ausgaben um 80 Millionen Mark, so daß der Schuldendienst gegen das Vorjahr um 366 Millionen Mark erhöht erscheint. Auf der anderen Seite ist der Werbeträger, dessen letzte Rate von 23 Millionen Mark im vorjährigen Etat erschien, nicht mehr eingestellt, dagegen ist ein Ueberschuß für 1915 in Höhe von 29 Millionen eingestellt. Insgesamt betragen die Einnahmen des ordentlichen Etats ohne Erschließung neuer Quellen gegenüber dem Vorjahre 144 Millionen weniger und das gegenüber dem Reich bei den Ausgaben in Höhe von 336 Millionen Mark. Es entsteht also

ein Fehlbetrag von 480 Millionen Mark.

Die Dedung schlagen die verbündeten Regierungen die neuen Kriegsteuern vor. Damit ist der Etat aber nur formell im Gleichgewicht gebracht. (Sehr wahr!) Wenn etwas im neuen Etat sicher ist, dann, daß die Einnahmen die Ausgaben nicht decken werden. Wir können aus dem Bankwesen infolge der Ueberforderung der Reichsbank und ihrer starken Inanspruchnahme mit einer Mehreinnahme von 150 Millionen Mark,

ferner aus den Darlehnskassen mit einer nicht sicher abzuschätzenden Mehreinnahme rechnen, ich habe diese Beträge aber nicht eingekalkuliert, denn wenn wir auf der einen Seite das sichere Minus nicht einstellen, dürfen wir auf der anderen Seite auch nicht ein sicheres Plus einstellen.

Ohne Erschließung neuer Quellen ergibt der Etat einen Fehlbetrag von 480 Millionen Mark, zu dessen Dedung wir

neue Steuern

vorschlagen. Das ist das Mindeste, was wir verlangen müssen, wenn nicht der so glänzend bewährte Bau unseres Wirtschaftens ernstlich gefährdet werden soll. Weiter geht unsere Absicht nicht. Wenn ich vor einem Jahre erklärt habe, ich glaube von neuen Steuern absehen zu können, solange es möglich ist, den Etat ohne neue Einnahmen zu balancieren, so ist das heute eben nicht mehr möglich, und daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. England wird Ende 1916 an Kriegsteuern 122 Millionen Pfund (etwa 2 1/2 Milliarden Mark) eingenommen haben, eine sehr beachtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler, aber doch nur 7 Prozent über die Verzinsung der bis dahin erfolgten englischen Kriegsanleihen. Wir stellen uns von Anfang an auf den Standpunkt, daß die Kosten eines solchen Krieges aus Steuern allein nicht laufend bestritten werden können, und daran müssen wir festhalten.

Große Schulden machen viel verschwenderischer

als große Reichthümer. Vor dieser Gefahr müssen wir uns hüten, große Haus nach dem Kriege gut bestellt sein. Wir können von unserem Volke, das jetzt zum vierten Male keine Sparproben dem Vaterlande darbietet, dieses Opfer nicht verlangen, ohne die Verzinsung sicher zu stellen. (Zustimmung.) Etwas von unserer Hoffnung auf einen finanziell günstigen Friedensschluß auch noch so hoch — diese Hoffnung haben wir ausreicht — so wird trotzdem eine erhebliche Steigerung der Reichseinnahmen eine Notwendigkeit sein. Dafür müssen wir schon heute sorgen. Sie bewilligen diese halbe Milliarde nicht ohne Not. Im Gegenteil, eher gehen die Steuererlagen nicht weit genug. Neue Steuern wären nur dann nicht einzuführen, wenn die erforderlichen Mittel unmöglich zu beschaffen wären. Das ist aber Gott sei Dank bei uns nicht der Fall. Wir werden wie bisher unseren Weg machen in der Welt und vorankommen, wenn wir auch in der Beurteilung einzelner Steuern nicht so einig sind wie früher.

Bei näherer Prüfung werden Sie vielleicht doch zu der Ueberzeugung kommen, daß die vorgeschlagenen Steuern das geringere Uebel gegenüber anderen Steuern sind.

Die neuen Steuern sind ein Nothbehelf

für die Zeit des Krieges und für den Uebergang in eine geordnete Friedenswirtschaft. Mit der Neuordnung der Reichsfinanzen, die eine der ersten und wichtigsten Friedensaufgaben sein, aber zu ihrer Lösung Zeit brauchen wird, finden die neuen Steuern ihr Ende. Der Reichstag wird diese Steuern in absehbarer Zeit gründlich revidieren können. In ihre Abschaffung ohne Ersatz wird aber nicht zu denken sein. Dieser Noth- und Uebergangskarakter der neuen Steuern erschließt aber ihre Erledigung. Jede Woche, die die neuen Steuern früher in Kraft treten, erleichtert die Dedung unserer Schuldenlast um 10 Millionen Mark. Wir können jetzt keine neuen Organisationen schaffen und müssen uns an das Gegebene anlehnen. Die neuen Steuern sollen nicht originell sein. Jetzt kommt es mehr auf das Geld als auf Originalität an. (Gehört!) Der Zusammenhang der neuen Steuern mit der einzelstaatlichen und kommunalen Steuererhebung darf nicht übersehen werden. Es sind doch immer dieselben Steuerzahler. (Sehr richtig!) Kommunen und Einzelstaaten sehen sich gleichfalls zu ansehnlicher Erhöhung und zwar der direkten Steuern genötigt. Ich verweise auf Preußen. Dabei werden aber überall die kleinen Einkommen freigelassen und die mittleren gespart. Von den 100 Millionen Mark, die die Erhöhung der preussischen Steuerzuschläge bringen soll, haben die Einkommen von über 10000 Mk. 35 Millionen Mark aufzubringen. (Hört, hört! rechts.)

Die Ansprüche der Gemeinden und Einzelstaaten

werden sich im Laufe des Krieges wohl noch steigern. Der Bedarf des Reiches kann aber nicht aus demselben Steuergebiet bestritten werden, das jetzt von den Einzelstaaten und Gemeinden so stark in Anspruch genommen wird. Deshalb beschränkt sich das Reich an direkten Steuern auf die Kriegseinkommensteuer, die eine umfassende Vermögenszuwachssteuer bedient und mit deren Höhe wir an die Grenze dessen gegangen sind, was wir gegenüber unserer wirtschaftlichen Zukunft noch verant-

worten können. (Zurufe der Sozialdemokraten: Na, na!) Die Besteuerung notwendiger Lebensbedürfnisse schließen wir von vornherein aus. Diese meine Zusage habe ich eingehalten und das liegt in der Richtung der gesamten Ernährungspolitik im Kriege. Trotzdem wir es schwerer haben als unsere Gegner, haben wir die niedrigsten Brot-, Kartoffel- und Zuckerpreise.

Der Tabak ist zur Besteuerung am geeignetsten.

Der Tabakindustrie geht es wesentlich besser als anderen großen Industrien, welche Massenbedürfnisse herstellen. Der Tabakverbrauch ist fast gestiegen. Er verträgt eine höhere Belastung und Schwierigkeiten für die Arbeiter sind diesmal nicht zu befürchten. Eine Verminderung der ausländischen Tabakeinnahme würde ich im Interesse unserer Handelsbilanz nicht befürworten. Ein verhältnismäßig beschleunigter Zugriff auf einzelne Verkehrswege schafft sehr große Summen heran. Wir schlagen gewiß nicht eine unerträgliche Belastung des wirtschaftlichen Verkehrs vor. Wir fördern sogar den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Der Eisenbahnverkehr hat unter dem Kriege auffallend wenig gelitten, und

der Postbetrieb arbeitet sehr selbstlos.

Auch hier wird niemand von unerträglichen Zuschlägen sprechen können. Für Verbesserungsvorschläge bin ich dankbar, aber das Beste ist ja der Friede des Guten. Zwar legen wir dem Staatsbürger viele kleine Opfer auf, aber was will das gegenüber der unjagbaren Größe und dem Opfermut, die wir an unseren Krieger im Felde Tag für Tag bewundern. (Bravo!) Die Tabakindustrie in ihrer großen Mehrheit hat sich zu der neuen Belastung bereit erklärt, und der Deutsche Handelsrat hat den Steuererlagen grundsätzlich zugestimmt. Unser Volk will nicht nur durch Kriegsanleihen zum Siege beitragen. Wir sind der einzige kriegerische Staat, der seine gesamten Kriegskosten durch langfristige Anleihen gedeckt hat. Unsere Kriegsausgaben sind heute kaum nennenswert höher als vor einem Jahre. Sie gingen im Januar und Februar unter 2 Milliarden monatlich zurück. (Weiß!) Und das ist geschehen trotz der Ausdehnung des Kampfgebietes und trotz der allgemeinen Preissteigerung. Englands Kriegsausgaben

von täglich 90 bis 100 Millionen

sind um 50 Prozent höher als die unsrigen. Die französischen sind ebenso hoch wie die unsrigen und die russischen gleichfalls, während in den ersten fünf Kriegsmontaten unsere Kriegskosten um ein Drittel höher waren als die Englands und Frankreichs. Den Viererband kostet der Krieg täglich 240 Millionen, uns und unsere Verbündeten nur 110 Millionen. Unsere Kriegsausgaben belaufen sich mit 50 bis 55 Milliarden auf die Hälfte der feindlichen.

Dieselbe Zuversicht schöpfen wir aus unserem finanziellen Verhältnis. In Frankreich sind die Sparleistungen zurückgegangen. Bei uns haben sie sich stärker vermehrt als im Frieden. Nach einer Ausgabe von 4 1/2 Milliarden Mark für die Kriegsanleihen haben unsere Sparkassen noch um 500 Millionen Mark besser als 1914, und das sind Ersparnisse der kleinen Leute. Da können wir vertrauen, daß

auch die vierte Anleihe

eine Volksanleihe wird, die unsere ungedeckte finanzielle Kraft beweist. (Lebhaftes Bravo!) Unsere Feinde begreifen allmählich, daß ihre Hoffnung auf unsere Erschöpfung eitel ist. Deshalb verbreitet ihre Presse die unwahren Lügen über unsere Finanzlage, und in Deutschland selbst verbreiten Agenten Gerüchte, die von den Zeichnungen auf die Kriegsanleihen abhalten sollen. Aber das ganze Reich und das ganze Volk stehen hinter den Reichsanleihen. Die noch bevorstehenden sechs Zeichnungstage müssen dem wäsenden Auslande aufs neue zeigen, daß ein Wille zum Sieg alle Deutschen unlosbar zusammenfaßt. Der Feind redet von der Zerstückelung des preussischen Mittelraums, er meint aber die Verdrückung unserer Volkskraft. Er soll erfahren, daß wir, wie auf dem Schlachtfelde, so in der Heimat wie ein Mann zusammenstehen, entschlossen, das Höchste zu leisten. Unsere Heiden, die drängen die feindlichen Feuerstürme zu stürzen, müssen wissen, daß auch in unserer Heimat der Sieg uns gehört und gehören muß. Unsere Truppen haben ein Recht darauf, daß auch zu Hause jeder zum Siege mithilft.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Weiterberatung nächsten Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Der französische Bericht.

Paris, 16. März. (A. Z. V.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag: Westlich der Maas war die Front im Laufe der Nacht keinen neuen Angriffsweg. Auf der Front zwischen Echincourt und Cumieres gelang es uns, durch Bajonettkämpfe und Handgranatentwurf die gestrige Front an der Höhe des 25. Regiments Grabenstücke teilweise zurückzunehmen. Wir hatten einen Schützenhaufen und die Höhe „Le Tour du Bois“, den Südrand des Waldes von Cumieres und das Dorf Cumieres. Am ganzen Abschnitt hielt die Beschießung durch die feindliche Artillerie ab; sie wurde von unserer Artillerie heftig beantwortet. Von dem rechten Ufer der Champagne auf die deutschen Stellungen südlich von St. Sulpice unternehmender Angriff geschaffte uns, feindliche Schützengräben zu besetzen und einige Gefangene zu machen.

Amtlicher Bericht von Mittwoch abend: In Belgien schossen wir weiterhin feindliche Schützengräben in der Gegend von Het-Sas und Langenort. Nördlich der Aisne beschoßen wir die Zugänge von Villers-Bretonneux. Ein von uns in der Champagne auf die deutschen Stellungen südlich von St. Sulpice unternehmender Angriff geschaffte uns, feindliche Schützengräben zu besetzen und einige Gefangene zu machen.

Westlich der Maas ließ die Beschießung merklich im Laufe des Tages nach. An der Front Echincourt-Cumieres wird keinerlei Infanterietätigkeit gemeldet. Auf dem rechten Ufer ziemlich lebhaftere Tätigkeit in der Gegend von Sargy und von Damloup. Einige Schützengräben mit Handgranaten fanden seitens unserer vorgeschobenen Abteilungen auf den Abhängen östlich des Dorfes von Sargy statt. In der Weste Beschießung der Dörfer am Fuße der Maas-Abhänge. Unsere Artillerie ist an der gesamten Front sehr tätig, besonders östlich des Fresnes-Abhanges und in der Weste, wo unser Feuer eine ganze Expedition bei einer deutschen Batterie hervorrief.

Der Schreckenskampf im Rabenwalde.

Genf, 16. März. „Matin“ schildert die Ereignisse eines beim Angriff der Deutschen auf den Rabenwald ver wundeten französischen Soldaten wie folgt:

Am 20. Februar besetzten wir in Erwartung eines deutschen Angriffes unsere vorgeschobene Verteidigungsstellung. Nichts ließ vermuten, daß der Angriff am nächsten Tage, einem Sonntag, mit solcher Wucht erfolgen würde. Gegen sieben Uhr morgens sah der erste deutsche Schuss das Signal, um Anzuziehen.

Vier Tage und vier Nächte lang fiel ein Regen von Geschossen, dem selbst die Nacht kein Einhalt gebot. Die 19,5 kalibrigen Geschosse waren die kleinsten, am zahlreichsten wurde aber mit 30,5 geschossen. Die enormen Geschosse verwandelten Häuser, die sie trafen, einfach in Staub.

Drei Tage konnten wir uns halten, dann konnten unsere zerstörten und unterwühlten Unterstände keinen Schutz mehr. Meine Kompanie verteidigte das Dorf B. Am dritten Tage der Beschießung verdoppelten sich die Angriffe. Jäger, die noch 1500 Meter vor dem Dorfe Widerstand leisteten, mußten sich jedoch auf den Rand des Waldes zurückziehen. Dort zwang sie unerträgliches konzentrisches Feuer, die Stellung zu verlassen. Der erste ernste Angriff gegen das Dorf B. fand am 24. Februar um 6 Uhr 15 Minuten abends statt. Mit Handgranaten und Munition gut bewaffnet, erwarteten wir den Angriff. Wir hatten Befehl erhalten, das Dorf B aus um Haus zu verteidigen, was es auch koste. Die Deutschen griffen uns mit Bataillionsstärke an und trafen trotz heftigen Feuers in mehreren Sprüngen bis zu unseren Gräben vor. Das Feuer genügte nicht mehr, sie aufzuhalten. Ein Handgranate wurde unvermeidlich; in diesem Augenblick wurde ich verwundet. (Weiß! etc.)

Ostafrika kommt an die Reihe.

London, 15. März. General Smuts berichtet aus Ostafrika: Wir besetzten am 13. März Moschi auf dem Wege nach Arusha, das wahrscheinlich vom Feinde geräumt wurde. Der Feind zieht sich schnell südwärts zurück, wobei ihm die Tanganjika-Eisenbahn große Dienste leistet. Die zahlreichen Flüsse haben die Verfolgung einigermaßen aufgehalten. Für die Größe der feindlichen Niederlage bei Kivoo wehren sich die Anzeichen. Im Busch und an den Abhängen der Hügel sind zahlreiche tote gefunden worden, auch fanden wir eine Kanone und drei Maschinengewehre, die der Feind im Etliche gelassen hatte.

Dazu wird in Berlin bemerkt: Nach vorliegender Nachricht ist kaum daran zu zweifeln, daß die englische Seereschiffahrt nach dem anfänglichen Mißerfolg nunmehr einen groß angelegten Angriff mit weit überlegenen Kräften und unter Ausnutzung ihrer technischen Mittel gegen Ostafrika unternommen und einen gewissen Erfolg erzielt hat. Aus

dem englischen Bericht ergibt sich ferner, daß unsere tapere ostafrikanische Schutztruppe dem Druck sie umfassender, meist überlegener feindlicher Kräfte ausweichend, sich in ein für ihre besondere Geschwindigkeit günstigeres Gelände zurückgezogen hat.

Antelamara in Gefahr!

London, 16. März. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Man muß zugeben, daß die Lage am Tigris Anlaß zu vielen Sorgen gibt. Die russischen Truppen, die durch den armenischen Taurus vordringen, werden vielleicht in der Lage sein, die türkischen Verbindungslinien zu bedrohen, aber eine wesentliche Unterstützung kann General Townshend nur durch die britischen Entschloßener erhalten, die augenblicklich wieder nicht vorwärts kommen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Bauernrevolten in Rumänien? Wie das Blatt „Minerva“ meldet, sind im Bezirk Bahlui Bauernrevolten ausgebrochen, weil den Leuten der ihnen für diesen Monat zugelegte Maas nicht zugeteilt wurde. Das Bezirksverwaltungsamt wurde gestürmt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Das Regierungsblatt „Victorul“ sucht die Bedeutung der Vorfälle abzuschwächen, indem es mitteilt, daß es sich nur um eine bedeutungslose Bewegung handelte.

Ein Aufstand der Redits in Ägypten? Das Dienstreiter Blatt „Al Nil“ meldet über Athen aus Kairo, daß in Ägypten ein Aufstand der Redits ausgebrochen ist, der angeblich auch den bisher friedlichen Teil der Bevölkerung mitriß.

Die „Appam“-Frage vor der Entschloßener. Am 20. März wird entschieden werden, welcher Gerichtshof über die „Appam“-Frage zu entscheiden hat. Es steht fest, daß, falls der „Appam“ das Uffrecht verworfen werden würde, weil sie als Kriegsschiff angesehen wird, die Demannung zu schwach wäre, den Dampfer aus dem Hafen zu bringen.

Der Witzfestzug. Wie amtlich aus San Antonio (Texas) gemeldet wird, haben sich die Truppen Carranzas mit den in Mexiko eindringenden amerikanischen vereint. Sie begleiten sie bei der Verfolgung Willas.

Die Verhaftung armenischer Revolutionäre. Drei Armentier aus Adabasar und Baghischdili, die überführt sind, Mitglieder des armenischen revolutionären Komitees zu sein und Bomben verfertigt zu haben, sowie ein zum Islam übergetretener Armentier aus Brussa, der die Bewegung ins Werk gesetzt und Spionage für England betrieben hatten, wurden zum Tode verurteilt. Das Urteil ist gestern auf dem Platz vor dem Kriegsministerium in Konstantinopel vollstreckt worden.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12-1 Uhr Mittags. Telefonisch werden Auskünfte nicht erteilt.

Schönkante. Das Zeitungsgeld kann auch in den folgenden Monaten an den Zeitungsträger gezahlt werden.

N. S. 463. 1. Der Pandal ist der Gemeindeförderung anzugehen, und wer's nicht tut, macht sich strafbar. Eine Erlaubnis der Betriebsleitung ist nicht erforderlich, wenn nicht in der Arbeitsordnung etwas anderes darüber gesagt ist. Ihnen einzuweisen wir, nichts anzugehen; es nützt auch nichts. Der Pandal würde dann wohl außerhalb des Betriebes weiter gehen. 2. Es kommt alles auf die Sitzungen dieser Kasse an. Wenn sie eine Erstattung der Beiträge in solchem Falle nicht vorzieht, erhalten Sie auch nichts.

S. Meisse. Sie müssen sich wegen des Urlaubsgeldes von täglich 1,50 Mk. an die Lagerverwaltung wenden, wenn das nicht hilft, an Jbc Bataillon.

S. Laurentiusstraße. Anträge auf Unterbringen von Kindern in einen Hort sind in der Geschäftsstelle des nationalen Frauendienstes, Unterlag 1, zwei Treppen, Zimmer 34, zu stellen oder bei Frau Profr. Brieger, Wardenstraße 13.

Stein-Lubisch. Anfragen ohne Namensunterchrift beantworten wir nicht.

S. N. 1. Daß andere uneheliche Kinder in Schloß die Ehrengabe der Landesversicherungsanstalt erhalten haben, ist ganz unmöglich, denn die Vorschriften lauten ausdrücklich so, daß uneheliche Kinder die Ehrengabe nicht bekommen. Es wird ihnen auch nach dem Tode ihres Vaters keine Pension gezahlt, wohl aber nach dem Tode ihrer Mutter. 2. Uneheliche Kinder können von ihrem Vater nichts erben, es sei denn, er hätte sie in einem Testament bedacht.

H. S. Stabelwitz. Sie können die Sache beim Amtsvorsteher angehen, aber dem Gendarmen Aufträge zur Hausdurchsuchung usw. zu geben, dazu haben Sie kein Recht; der Gendarm ist auch nicht verpflichtet, Ihre Aufträge auszuführen.

Erzalkowo. Das Geld ist eingegangen. Der Posteinlieferungsschein ist stets Ihre Quittung.

S. 9. Sie haben in diesem Falle keinen Anspruch auf Sterbegeld von der Krankenkasse, denn Ihre Frau war nicht mehr Mitglied.

Widwete Gewerke im Felde. 1. Wir können nicht entscheiden, ob jemand selbstständig ist. Nach Ihrer Darstellung ist man versucht, zu sagen, der Mann ist nicht selbstständig. Aber darüber entscheiden doch allein der Arzt und die Bezirksverwaltung. 2. Der Mann soll sich krank melden; das ist alles, was er machen kann. Leihen Glück.

H. S. Bric. Nein, der Hauswart hat kein Recht, den Jungen des eingezogenen Mannes zu schlagen.

H. S. S. Es kommt ganz darauf an, was der Rechtsanwalt mit Ihnen verabredet. Gegen die gesetzlichen Gebühren werden in der Regel die Strafkosten nicht übernommen.

S. G. 100. Geiseln unter Verlobten können zurückgefordert werden. Geben Sie also die H. zurück.

H. in Strehlen. Auch uneheliche Schwägerinnen, die einer Kasse angehören, er alten Anwartschaften. In der Regel im Felde, so wird in jedem Falle Kriegsmobilien gewährt, auch wenn die Mutter keiner Kasse angehört. Im vorliegenden Falle muß die Landrentenkasse zahlen und zwar das Hochgeld für acht (nicht vier) Wochen. Auf täglich eine Mark haben Sie ein besseres Recht, wenn Sie nachweisen, daß der Vater im Felde ist.

Familiennachrichten.

Am 16. d. Mts. früh 2 1/2 Uhr, verschied nach siebenmonatlichem schwerem Leiden unser Mitarbeiter und Kollege der Metalldreher

Paul Kempe

im Alter von 38 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahren ihm

Die Beamten, Mitarbeiter und Kollegen der Firma Hydrometer.

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Gräbschen (St. Trinitatis). 9642

Am 16. d. Mts. starb unser Freund und Verbandskollege, der Dreher

Paul Kempe

im Alter von 38 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder d. Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltungsstelle Breslau).

Beerdigung: Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Trinitatis-Friedhofes in Gräbschen. 9641

Stamm schließt der Sänger!

Am 16. d. Mts. verschied unser lieber Sangesbruder, Herr

Paul Kempe

im Alter von 38 Jahren. Wir verlieren an ihm einen guten Freund und Leiter dieser Sache.

Wir werden stets seiner gedenken!

Breslauer Doppelquartett.

Am 16. März verstarb nach längerem schwerem Leiden unser werter Patriotenkollege, der Metalldreher

Paul Kempe

im Alter von 38 Jahren. 9640

Sein gerader und aufrechter Sinn und sein reges Interesse für unsere gute Sache sichern ihm ein dauerndes Andenken bei

Mitgliedern des Distrikts 7 des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Am 16. März früh 2 1/2 Uhr, verschied nach schwerem Leiden unser trauerndes Mitglied, der Metalldreher

Paul Kempe

im Alter von 38 Jahren. 9646

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen. Distrikt 2.

Am 15. d. Mts. früh 7 1/2 Uhr, verschied nach längerem Leiden unser lieber, herzenguter Bruder, Onkel, Schwager und Cousin

Heinrich Flegner

im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. 9630

Dies zehrt tiefbetrubt an

Eckstr. V, Victoriastrasse 10

Familie Thüring.

Beerdigung: Sonnabend, den 18. März, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Gräbschener Friedhofes.

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege und langjährige Mitarbeiter, der Schmelzer

Heinrich Flegner

im Alter von 45 Jahren. 9633

Sein Andenken wird stets in Ehren halten

Das gesamte Personal der Werkstatt Elektrische Strassenbahn-Depot Gräbschen.

Beerdigung: Sonnabend, den 18. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbschener Friedhofes.

Am 15. d. Mts. starb unser Freund und Verbandskollege, der Schmelzer

Heinrich Flegner

im Alter von 45 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder d. Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltungsstelle Breslau).

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbschener Friedhofes. 9639

Konfirmanden-Anzüge und Kleider: Anfertigung feiner Herrenanzüge, Kleider, Hüte, etc. Lager feiner Herren- und Damenanzüge, Kleider, Hüte, etc. **O. Siepell, Schneiderstr. 21, Ein. Schneider.**

Circus Busch Fernspr. 3824
Luisenplatz 5
unter der persönlich. Leitung des Herrn Direktor **Krone-Charles** 9335
Heute
Freitag, abends 8 1/4 Uhr
Prunkvolle Vorstellung.
Sonnabend u. Sonntag
2 Vorstellungen
Nachm. 4 Uhr. Abends 8 1/4 Uhr
Letzte Vorstellung 2. April.

Wänder-Modion Berlin, bis 1924 10. März
Schwirten, Weißburgerplatz 7.
Anzüge, Sommer-Überzieher
neue Betten, Uhren, Ringe, Kolliers verk. Leihamt 19617
Lux, Altbäckerstrasse 17, I.
Konfirmanden-Anzug
Elegant schöne Stoffe 12 Mk. Anzug nach Maß, vornehm 24 Mk. Anzugfabrik Wallstr. Nr. jetzt 21, I.
Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Familien u. ihrer Hinterbliebenen.
Preis nur 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition.

Mittagessen für 30 Pfg.
Sonnabend, den 18. März 1916, Eröffnung der neuen Küche des nationalen Frauendienstes 9637
Sternstrasse 57.
Die Beköstigung des nationalen Frauendienstes.
Kriegsfahrten durch Belgien u. Nordfrankreich.
Preis 1.00 Mk.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kasperleure.

Kriegsprobleme der Arbeiterklasse
Aktuelle Broschüren hervorragender Vertreter der sozialdemokratischen Bewegung

1. Konrad Haenisch. Wo steht der Hauptfeind?
2. M. Keor. Jean Jaurès. Sein Leben und Wirken.
3. Bilder aus unserer Reichstagsfraktion I. Die Mitte.
6. Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren.
7. R. Woldt. Grossindustrie und Kriegswirkungen.
8. Haenisch. Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland.
9. H. Poetzsch. Der Friede und die Internationale.
11. Severing. Sozialdemokratie und Völkeshass.
17. Anna Bloss. Krieg und Schule.
18. Krauß. Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund als sozialdemokratische Aufgabe.
19. Winnig. Burgfrieden und Arbeiterschaft.
22. Winnig. Zur Neuorientierung.

Stück nur 10 Pfennige.
Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung, BRESLAU, Neue Graupenstr. 5/6.

Arbeitsmarkt.
Arbeitsmarkt-Inserate
in der Volkswacht kosten die kleine Zeile
nur 15 Pfennige.

Schmiede, Schlosser, Hobler, Dreher, zum baldigen Antritt gesucht.
Granstein & Koppel Arthur Koppel A.-G., Schmiedefeld b. Breslau. 9638

Tüchtige Schlosser
für dauernde Stellung zum baldigen Antritt gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen an **Berlin-Neuroder Kunstanstalten, A.-G.,** Neurode i. Schl. 9639

Zigaretten-Mitarbeiter
für dauernde und lehrreiche Beschäftigung. 9644
J. Weich, Wallstr. 10, I.
Tüchtige Zigarettenmacherin
für dauernde Stelle zum 1. April 1916. Reich. Leuzer, Schindlerstr. 31.
Gebrauchte Zigaretten-Wickelformen
40, 25 u. 20 Stück zu verkaufen Enderstr. 20, I., rechts. 9615
Helft einander!

Stadt-Theater. Sonntag 7 Uhr. 9638
„Lohengrin“
„Saischen“
„Hohe Dame“
Sonntag 7 Uhr.
„Der Haiskavalier“.

Lobe-Theater. Sonntag 8 Uhr. 9644
Oper „Götterdämmerung“
„Arden“
Sonntag 8 Uhr.
Gedruckte Kleinscheiter:
„Marie Stuart“.

Thalia-Theater. Sonntag 8 Uhr. 9650
„Heber unsere Kraft“
Sonntag 8 Uhr. 9650
„Eige“ „Gefährlicher“.

Schauspielhaus
Schauspielhaus. 9646
Schauspielhaus. 9646
„Die Clavesturbin“
Schauspielhaus. 9646
„Jung nach man ist“.

Eden-Theater
Kühnstrasse 27.
Ab Freitag:
Erstaufführung
in Breslau.
Des Lasters Fluch.
Ein soziales Drama mit 11 Personen und 5 Akten.
„Wo wir Götter haben, da haben wir die Pflicht, sie wieder auf die gute Bahn zu lenken.“
„Nicht verurteilen, sondern helfen!“

Liebig Theater
Montag abends 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Auf ins Liebig!
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Auf ins Liebig!

Der Spiritist.
Ersam in 2 Akten.
Il. d. ...
Lustspiel.
Altenröcker
Kriegs-Weberbrüder.
Erstaufführung in Breslau.

Viktoria-Theater
Nur noch kurze Zeit!
Pipin der Kleine
Sonnabend, 4. März 7 1/2 Uhr.
Verkaufsvorstellung
„Pipin der Kleine“, Kleine P.
Sante Jugend-Bücher
je 10 Bände 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition.

UT
Die Revolution in Italien
Pacht-Sensationsroman. 2. und 3. Teil.
Wie es war, so ist es.
Perla Italiana
Breslauer Illustrationsblätter in 2 Heften.
In noch Einzeln.

Imperialismus und Demokratie
von H. Sautenbere. Ein Band zum Behalten. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kasperleure.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. März

Stadtverordnetenversammlung.

Der Sturm auf die Panzerfeste Zehnpsennigtarif ist nach heißem Kampfe abgeklungen! Es ging heiß her bei der Debatte, es ging knapp bei der Abstimmung, aber es ging! Herr Gerschel hat recht behalten, als er vor der Sitzung einen feinen Fraktionskollegen am Westknopfe nahm und sagte: Die Sozialdemokraten werden uns die ganze Sache zu Essig machen, sie sind einig und wir haben Außenfeinde. Das Trisolium Gander-Haude-Bujakowski ließ alle Mienen springen: Herr Dr. Gander ließ die Rünste seiner forschischen Berechnung und malte den Teufel des Reiches Mannes auf der Brust nach Ägypten an die Wand, Herr Gerschel hatte nach den fremdbildlichen Mahnungen der „Volkswacht“ alle rauhen Seiten abgekreist und erschien als aufrichtiger Bürgerfreund und neben ihm Herr Dr. Bujakowski mit einigen Not abgezogenen sozialen Deles auf der Lampe. Gegen das schwere Geschick dreier Doktoren war der Kampf des gesunden Menschenverstandes nicht leicht und wenn nicht einige günstige Zufallsmomente dazugelassen wären, war's wohl kaum zu schaffen. Unsere Fraktion, die einschließlich zweier kranker Mitglieder und dreier Feldgrauer erschienen war und in der nur der neugewählte Stadtrat und der in Prag-Borschau postierte Genosse Seibold fehlten, erhielt Zutritt von der Rechten und von den Liberalen, der durch die Herren Glatte und Wolff auch rechtlichen Ausdruck in zutreffender Beweisführung erfuhr. Herr Oberbürgermeister Matting hörte die Situation, indem er für den Jontentarij gegen den Ansteigertarif eintrat. Die unterlegenen Erklässigen wollten daraus nur einen komplizierten Beintrug machen — ganz zu Unrecht. Herr Matting hat nur gesagt, was auch in dem schriftlichen Antrag des Magistrats stand, und er hat seine Aufgabe als Oberhaupt der Stadt nicht nur so angefaßt, unter allen Umständen den Stadtsäckel zu füllen, sondern zu allererst für das als gerecht Erkante einzutreten. Für die Sozialdemokraten trat Stadtdirektor Löbe in zweimaliger Rede als Verteidiger des Zehnpsennigtarifs in die Schranken, Genosse Wiener schloß ein Schlussantrag das Wort ab. Mit 1 bis 3 Stimmen Mehrheit wurden die Verneuerungspläne abgelehnt, was bei einigen ihrer Befürworter solche Enttäuschung auslöste, daß sie, wie Hausmann Scholz der Erste und Gerschel nachträglich aus Rantone für den Zehnpsennigtarif stimmten. Die Mehrheit war klein, aber sie muß fest sein und waschsam, denn so ein Stadtkommissioner in ein ganz unheimliches Wesen. Man weiß nie, als welchem Loos es wieder herausgetragen kommt, deshalb: Bereit sein ist alles!

Die Fahrpreise der Straßenbahn.

Stadtd. Haude (lib.)

gibt den Ausschaubericht über die geplante Fahrpreiserhöhung der städtischen Straßenbahn. Jedem einzelnen könnte es nicht recht machen. In Breslau gibt es jährlich 6 bis 7 Millionen Fahrten; auf jeden Einwohner kommen also im Durchschnitt 150 Fahrten im Jahre. Der Anstieg ist der Meinung, daß es nicht möglich ist, die Preise der Abonnementskarten nach dem Einkommen abzumessen. Die Vorzugskarten für Beamte, Studenten und Stadtdirektorate will er bestehen lassen, doch sollen sie im Preise von 5 auf 6 Mark erhöht werden. Die Streckenkarten sollen von vier auf fünf Mark erhöht werden, hat auf sechs Mark, wie der Magistrat es wünscht. Ein Antrag Scholz, Karten zu viermaliger Benutzung am Tage für fünf Mark, die anderen aber für sechs Mark abzugeben, würde zur Folge haben, daß neunzig Prozent der Streckenkarten nur zu viermaliger Fahrt am Tage gekauft würden, jedoch der Stadt keine bedeutende Mehreinnahme von den Passagieren erwachsen würde. Grundätzlich bin ich der Meinung, daß die Ausgaben der Stadt möglichst durch Steuern und nicht durch Gebühren gedeckt werden sollen, denn das führt zu spärlicher Wirtschaft, aber bei 20 Prozent Steuern, die wir zahlen sollen, kann man sich nach diesem Prinzip nicht richten. Gegen zu hohe Steuern werden Sie (zu den Sozialdemokraten) sich auch nicht mit werden, weil dann kein Geld mehr für soziale Zwecke verbleibt. Es fehlen 250.000 Mark im Etat, und da müssen wir zur Erhöhung der Gebühren streifen. Der Jontentarij würde eine kleinere Belastung, aber eine größere Verschwendung bedeuten. Die Fahrkarte zu 15 Pfg. beim Umsteigen bedeutet umgekehrt eine größere Belastung, aber eine geringere Verschwendung. Deshalb haben wir uns für das Letztere entschieden. Ein Antrag Gerschel will die Herausgabe von fünf Fahrkarten zu 60 Pfg. Aus finanziellen Gründen wäre dies nicht besser zu lassen: vier Fahrkarten für 50 Pfg. (Stadtd. Gerschel (Zentr.): Werde ich machen!) Wir wollen es dem Publikum so bequem wie möglich machen.

Stadtd. Bujakowski (natlib.):

Wir müssen in der Verwaltung sparen. Wenn wir alle Streckenkarten erhöhen, treffen wir in weitem Umfange solche, die mehr als bisher nicht zahlen können. Der Jontentarij wäre für viele eine Ungerechtigkeit, aber auch der Preis von 15 Pfg. ist unerschwinglich für die, die nur kurze Strecken zu fahren haben. Trotzdem bin ich für das Letztere, weil sich bei 15 Pfennigen jemand leicht einziehen kann, indem er ein Stückchen läuft. Dabei vereinfachen wir auch die Arbeit der Schaffnerinnen. Eine grausame Härte wäre es, alle Streckenkarten zu erhöhen. Es ist leicht bei einem Einkommen von weniger als 2400 Mark einen niedrigeren Preis festzusetzen; eine Befreiung der Streckenverpflichtung genügt zur Kontrolle über das Einkommen. Die „Volkswacht“ hat unrecht, wenn sie behauptet, mit den Ansteigertarifen zu 15 Pfg. belassen wir diejenigen, die keine Abonnementskarten kaufen können, denn sozial wirtschaftliche Vernunft kann man den Arbeitern schon zutrauen, daß sie auf eine Monatskarte sparen, wenn sie sie brauchen.

Stadtd. Wolff (freif.):

ist gegen die Durchbrechung des Zehnpsennigtarifs. Der Ausschaubericht bedeutet, daß bis zum Juli aus dem Publikum herausgeholt werden soll, als selbst der Magistrat nur wünscht. Eine Erhöhung des Ansteigertarifs verstoßt gegen die gesunden Grundzüge von Leistung und Gegenleistung, von Recht und Billigkeit. Während es bis einen leicht haben, lange Strecken zu durchfahren, sind andere aufs Umsteigen angewiesen. Und wieviel Unannehmlichkeiten sind damit verbunden. Wie oft heißt es ein Stück laufen, bis zur Umsteigestelle und dann bei Wind und Wetter auf Knien zu stehen. Und dafür soll das Publikum noch durch höhere Preise gequält werden. Aber auch der Jontentarij werden wir nicht brauchen. Die Ausgaben lassen sich beseitigen und bei Abnahme von 200.000 Mark werden die Ausgaben um 200.000 Mark gespart. Retter ist gegen die

Gehten des Herrn Gerschel, durch die den Schaffnerinnen ebenfalls die Arbeit erschwert wird, und gegen die Vorzugskarten.

Oberbürgermeister Matting:

Zu Anfang haben auch die Herren Wolff und Bujakowski anerkannt, daß eine bessere Rentabilität der Straßenbahn erzielt werden muß, und es aber ernstlich dazu kommt, wollen sie nicht mitmachen. Durch ihre Anträge haben sie dem Magistrat von vornherein 250.000 Mark an der geplanten Mehreinnahme von 450.000 Mark gestrichen. Gern will ich zugeben, daß die Beschlüsse gegen die Erhöhung des Preises kein Unglück groß sind und diese Erhöhung eine schwere Ungerechtigkeit wäre (Zutufel), wenn andererseits die Anhaber von Abonnementskarten weiter unter dem Selbstkostenpreis fahren dürften. (Sehr richtig! links.) Zudem würden die Positionen auf Einführung direkter Linien kein Ende nehmen. Fünf Mark für eine Streckenkarte und 15 Pfg. für Umsteigen, das läßt sich unmöglich zum Beschuß erheben. (Rechts links.) Ich empfehle Ihnen den Jontentarij und Streckenkarten zu sechs Mark, die auch nur gerade die Kosten decken.

Stadtd. Löbe (Soz.):

Die 6 bis 7 Millionen Fahrten unserer städtischen Bahn verfallen in zwei fast gleiche Klassen, 52 Prozent, die beim Verlassen des Wagens ihren Obolus entrichten, 48 Prozent, die ihre Abonnementskarte vorzeigen. Die ersten bejahen 10 Pfennige pro Fahrt, die letzteren bis jetzt 4 Pfennige! Die Selbstkosten der Beförderung aber betragen 1/2 bis 6 Pfg. Im Gegensatz der Stadt haben die Tarifstellen folgende Wirkung: Die eine Hälfte der Zehnpsennigtarife bringt 4 1/2 Millionen Mark ein, die andere Hälfte der Jontentarij bringt 1 1/2 Millionen Mark — also beinahe nur den vierten Teil. Nun hat die Straßenbahn ein unbeschreibliches Vertriebsergebnis, wenn wollen Sie den Mehrertrag zahlen lassen? Die einzigen, welche die Kosten die anderen alle zahlen! Das ist der Angriff auf die Tarifpolitik der Bürger, wie Sie ihn planen, das ist eine Ungerechtigkeit, die niemand rechtfertigen kann. Wenn Sie das nicht mitmachen wollen, dann bieten wir dem Magistrat zum Ausgleich ein: Erhöhung der Streckenkarten von 4 Mark auf 5 Mark bei viermaliger Benutzung am Tage, auf 6 Mark bei unbeschränkter Benutzung. Erhöhung der Jontentarij von 3 auf 4 Mark, Abschaffung der Vorzugskarten, Verminderung der Streckenkarten. Aber täuscht unterzeichnet die Bahn verkaufen will, kann nicht 6 Mark im Monat zahlen. Die Kontrolle der anderen Karten läßt sich durch einfache Gedankensarbeit und so kommen auch einige Hunderttausend Mark ein. Das wird genügen. Wir können unsere Finanzverhältnisse nicht nur auf die Rücksicht der großen Steuerzahler aufbauen und sagen: den reichen Mann dürfen wir nicht belästigen, er könnte darüber ärgerlich sein und wegziehen. Das läuft darauf hinaus, der Masse alles aufzubürden, denen, die das Land verteidigen haben, auch noch die Kosten aufzubürden. Wenn die Bahn noch der Privatgesellschaft gehören würde und Sie heute die Entscheidung zur Erhöhung der Fahrpreise geben wollten, mit größtmöglicher Mehrheit würden Sie das ablehnen! Gern so müssen Sie aber als Stadtdirektoren bei der städtischen Bahn handeln. (Rechts!)

Stadtd. Glatte (konj.):

schließt sich im allgemeinen Löbe an. Die Inhaber von Streckenkarten zahlen heute schon viel billiger, als der, der 10 Pfg. bezahlt. Auch auf manchen Strecken zahlen fast nur Leute mit Karten und wer 10 Pfg. zahlt, wird förmlich als Eindringling betrachtet. Man muß sich fragen, ob es nicht besser wäre, die Abonnementskarten überhaupt abzuschaffen, nur läßt es sich ausenblicklich nicht tun. Um zu den Passagieren zu gelangen, muß man fast aus jedem Stadteil erst umsteigen. Manche Bezirks sind so überfüllt, daß man überhaupt nur durch Umsteigen in ein anderes Viertel kommen kann. Retter tritt dafür ein, daß Umsteigenden weiter nur 5 Pfg. zahlen und Verwundete aus Breslauer Lazaretten freie Fahrt haben.

Stadtdirektor v. Scholz:

tritt für den Jontentarij ein. Die sozialdemokratische Anregung der viermal am Tage zu benutzenden Streckenkarten zu billigeren Preisen ist aus technischen Gründen schwer durchzuführen, denn in der Mittagsstunde ist der Andrang so groß, daß eine Kontrolle kaum möglich ist. Nach dem Jontentarij kann aber etwa fünf Millionen für 10 Pfg. fahren und das ist angemessen.

Stadtd. Gerschel (Zentr.):

Ich bin ja gewohnt, als Arbeiterfreund vernünftig zu werden. Neben dem Umsteigekosten behält doch auch der Arbeiterfahrkarte, jedoch also die Arbeiter nicht belästigt werden. Ich bin also nicht der eifrige Gerschel, sondern der aufrichtige Gerschel. (Rechts! links!) Nach dem Jontentarij haben manche 15 Pfg. zu zahlen, nach meinem Antrag aber braucht niemand mehr als 12 1/2 Pfg. zu zahlen, denn jeder kann sich solche 4 Karten kaufen. Nehmen Sie mir wegen alles ab, bleiben Sie bei dem Zehnpsennigtarif, aber fragen Sie sich, was dann, wenn es sich um die Erhöhung handelt. Daß die Arbeiter unter dem Selbstkostenpreis fahren, haben Sie mit keinem Lohn erreicht. Wenn die reichen Leute fortziehen, ich sehe zu, es sind keine Sozialpatrioten, dann werden Sie auf der Linken den Schaden haben. (Rechts! links!)

Stadtd. Haude (lib.):

tritt noch einmal für die Ausführekanträge ein. Bei der Rede des Oberbürgermeisters wurde mir etwas mißfällig. (Rechts! links!) Ob er seiner Sache gebient hat, möchte ich bezweifeln.

Stadtd. Wehlauer:

ist für Aufrechterhaltung des Zehnpsennigtarifs. Aber auch die billigen Streckenkarten können dann bei den Verkehr auf der Straßenbahn zu belassen und deren Einnahmen zu steigern. Unvermeidliche Zeiten sind keine rechte Maßnahme.

Stadtd. Bujakowski (konj.):

Es ist ja schwer, einen Antrag auf Erhöhung zu recht fertigen, nach dem wir von der besten Stelle eine solche Rede gehört haben. Ich habe meinen Antrag gestellt, nachdem erklärt worden war, daß wir die Erhöhung unbedingt haben müssen. Nach der Rede des Herrn Oberbürgermeisters aber brauchen wir das Geld gar nicht. Die Rede des Herrn Löbe müssen wir wohl beachten. So sie hinweist, sei die weitere Rede des Herrn Glatte der überhaupt alle Abonnementskarten abschaffen will. Ob das aber die Zustimmung der Arbeiter findet (Stadtd. Löbe ruft: Das ist unsere Sache!), möchte ich bezweifeln.

Oberbürgermeister Matting

erklärt erneut gegen Stadtd. Bujakowski, es sei ihm nicht im Traume einzufallen, zu sagen, wir brauchen das Geld nicht. So klüßlich sei er doch nicht, um gegen die eigene Forderung zu sprechen.

Stadtd. Löbe (Soz.):

Wenn Sonntags jedem Fahrpaß das Billeit drei oder viermal gekniffen werden kann, wird es bei der Zeitkarten mit einem Mal kniffen auch möglich sein. Die Wochenkarte ist nicht nur für Arbeiter, sondern auch für Anzeigekarte eingeführt, die nur zweimal täglich die Bahn benutzen wollen, sie war übrigens bisher im Verhältnis teurer als selbst die Streckenkarte. Wenn Sie bereit wären, alle Vorzugskarten abzuschaffen und jedem Passagier seine Zehnpsennigtarife lösen zu lassen — dann wäre die Bahn gleich gesund. (Sehr richtig! links!) Die Arbeiter würden keine Befreiung beanspruchen. Das wäre im Augenblick eine Härte, aber es zeigt ihnen, wo der

Saken steht, bei denen, die jetzt weniger als zehn Pfennige bezahlen. Und umgekehrt: Die anderen wollen Sie bestrafen. Daß er demjenigen, der schon jetzt 1/2 Pfg. über seine Selbstkosten bezahlt, noch mehr abknöpfen will, schadet Herr Gerschel nicht aus der Welt, er kann bei all seiner Gutherzigkeit und gehobener Rede aus seinem Schwanz — nicht weiß machen. (Rechts! links!)

Stadtd. Gerschel (Zentr.):

ist gegen eine Zurückverweisung an den Anstieg. Die Frage müßte zur Ruhe kommen; die Debatte müßte in der Presse und im Publikum müßte aufhören. Demnächst möchte ich sagen, daß er hier nicht als Arbeitervertreter, sondern als Vertreter der gesamten Bürgererschaft tritt. (Zurück! links!) Ganz recht, alle sollen 10 Pfennige zahlen! Herr Löbe aber stellt sich nur als Vertreter der Arbeiter; diese Bestimmung wird ihm nicht gerade lieb sein.

Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

Der 10-Pfennig-Fahrpaß wird, wie bisher, beibehalten. Bei Fahrten über das Bahngrenzen am Stadtwald hinaus tritt (auch wie bisher) eine Erhöhung um 5 Pfennige ein. Bei allen Fahrten nach 20 1/2 Uhr abends beträgt der Fahrpreis wie bisher 20 Pfennige ohne Rücksicht auf die Entfernung.

Die Preise der Monatskarten stellen sich auf:

12 Mark für die Monatskarte,
8 " " " Doppelstreckenkarte,
5 " " " Streckenkarte,
6 " " " Vorzugskarte,
3,50 " " " Schülerkarte

im Stadtwald bei Zahlung eines Fahrlages von 1 Mark auch mit Gültigkeit über das Stadtwald hinaus (kurzzeit nach Grünschie und Baum). Schüler- und Studentenkarten gelten nur auf der Strecke von der Wohnung bis zur Schule, Umsteigekarte und nur bis 7 Uhr abends.

Zu den Preisen der Monatskarten treten die Beträge der Fahrkartensteuer hinzu.

Arbeiter-Wochenkarten für je zwei Fahrten zu sechs aufeinander folgenden Fahrten sollen 60 Pfennige kosten.

Karten und Fahrtscheine im Umkehrverkehr mit der elektrischen Straßenbahn Breslau nach dem geltenden Vertrage wie bisher.

Der Erweiterungsbau des Elisabeth-Gymnasiums, der 116.000 Mark kosten soll, wurde abgelehnt. Der Magistrat wird eine neue, weniger kostspielige Vorlage einbringen.

Der Erweiterungsbau der städtischen Waul, der 110.000 Mark kosten soll, wurde dem Ausschuss überwiesen.

Der Verpachtung der Berder- und der Neumühle für 150.000 Mark wurde zugestimmt.

Zur Einrichtung einer Warmwasserheizungsanlage in der Hauptfeuerwache wurden nachträglich 2491 Mark bewilligt.

Der Vermietung der Talschmelze im Schlachthof mit der Wohnge die jährliche Miete von 3500 Mark sechs Monate nach Friedensschluß auf jährlich 4500 Mark erhöht wird, wurde ausgemittelt und ebenso der Vermietung von Räumen des Vorkriegsbauwerks des Schlachthofes und Viehhofes vom 1. Oktober 1916 ab auf weitere 10 Jahre an die Breslauer Viehmarktbank unter der Bedingung, daß die jährliche Miete von 4000 Mark sechs Monate nach Friedensschluß auf jährlich 6000 Mark erhöht wird.

Für Instandsetzungen in den Stallungen des alten Pferdebahnhofs, Karuthstraße 3 und Friedrich-Wilhelmstraße 20, wurden 1881 Mark bewilligt.

Schluss der Sitzung um 8 1/4 Uhr.

Der Fleischverbrauch

soll wieder einmal neu geregelt werden, nachdem sich alle bisherigen Verordnungen als ziemlich nutzlos erwiesen haben. Zu den Meldungen darüber erfährt das W. T. B. von zuständiger Seite, daß eine Regelung des Fleischverbrauches wohl bevorsteht, aber noch keine Entscheidung darüber getroffen worden ist, ob die Regelung durch Einführung von Fleischkarten oder in anderer Form erfolgt.

Soll der Fleischverbrauch besser geregelt werden, dann muß man kräftig zugreifen, was wir stets betont haben. Die bisherigen Verordnungen waren nur halbe Arbeit. Fleisch und Wurst sind jetzt eine Speise für wohlhabende Leute. Für die ärmere Bevölkerung, die gerade bei schwerer Arbeit ein Stückchen gutes Fleisch essen sollte, bleiben im besten Falle nur die minderwertigen Stücke übrig. Die Fleischkarte, zusammen mit einer gründlichen Regelung des Fleischverbrauches, könnte vieles bessern.

Sucht nach alten Zeiten!

Entsprechend der im vergangenen Jahre mit bestem Erfolg durchgeführten Wollwache wendet sich der Nationale Frauenverein erneut an unsere Hausfrauen mit der dringenden Bitte, in ihren Haushaltungen Umstände zu halten nach getragener Kleidung, Schuhen, Betten, Decken, Kinderwagen, Kinderbesteck, Nähmaschinen, kurzum, all den kleinen Sachen, welche in den Haushaltungen unverwendbar herumliegen und andererseits gar mancher Kriegerfamilie noch von großem Nutzen sein können.

Eine Reihe von arbeitslosen Frauen wird in dieser Sammelmooche Beschäftigung finden durch Abholung der Sachspenden in den Haushaltungen, und eine große Anzahl Näherinnen erhält dadurch gelobte Beschäftigung, daß sie Kleidungsstücke zu Kinderkleidern und dergleichen umarbeiten, Anzüge, Ueberzieher ausbessern und auch besonders für die Kinder Kleiderstücke herstellen.

Gerade zur jetzigen Umzugszeit und bei Eintritt der wärmeren Witterung ist zu erhoffen, daß die abgelegte Winterkleidung für die Abholerinnen des Nationalen Frauenvereines bereit gelegt wird, jedoch eine reiche Ernte aus der Sammelmooche zu erhoffen ist.

Auch das so notwendige Schuhwerk wird ausgebessert werden und den Kriegerfrauen, welche gelobte Beschäftigung nachgeben, wie den schulpflichtigen Kindern noch gute Dienste leisten.

Die Durchführung der Sammelmooche ist einfach organisiert und demzufolge leicht durchführbar. In allen Ärgern des Konsumvereines „Vorwärts“, des alten Konsumvereines, den Kolonialwarengeschäften, den Bäckereien und in einer Reihe von in erster Linie abgegebenen Firmen liegen Postkarten für die Haushaltungsvorstände zur Abholung bereit, die nach Ausfüllung der Sachspenden unfrankiert in den nächsten Postkasten zu werfen sind. Es wird gebeten, auf dem Vorderdeck zu bemerken, ob eine Desinfektion der spendierten Kleiderstücke erforderlich ist. Letztere wandern alsdann in die städtische Desinfektionsanstalt, die übrigen nach der Sammelmooche des Nationalen Frauenvereines, Kohnmarkt 3. Dort werden sie gesammelt, geordnet und bearbeitet.

Die Abholung der Spenden erfolgt durch mit Ausweis versehenen Frauen kostenlos.

Der Sammelmooche ist mit Rücksicht auf ihre bedeutende segensreichen Zweck ein guter Erfolg zu wünschen.

